



Dr. Valerie Wilms

Mitglied des Deutschen Bundestages

Flüchtlinge, Europa, Staatsversagen – Wie muss es weitergehen?

Etwa 1 Million Flüchtlinge sind jetzt schon, einen Monat vor Jahresende, in Deutschland registriert, davon allein 50.000 in Schleswig-Holstein. Jeden Tag werden neue bürokratische Papiere produziert. Die Behörden fahren nur noch auf Sicht und agieren vielfach in einer Grauzone. Denn viele in der Vergangenheit geschaffene Gesetze erweisen sich als undurchführbar. Aber anstatt nun schnellstens diesen selbst geschaffenen Bürokratiewust auszuholzen, der gerade im Bundesamt für Flüchtlinge und Migration verwaltet werden muss, gefallen sich der Innenminister in Berlin und der dort zuständige parlamentarische Staatssekretär Ole Schröder in Schuldzuweisungen und lautem Nachdenken über eine Abriegelung der Grenzen. Wollen die etwa Deutschland einmauern, wie es ein Teil Deutschlands auch schon mal für 28 Jahre versucht hat – letztlich erfolglos?

Derzeit ist das Staatsversagen mit Händen zu greifen. Die Flüchtlingsaufnahme funktioniert nur noch, weil der Staat sich auf die helfenden Hände der Zivilgesellschaft verlassen kann. Dank der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in den Gemeinden, die sich mit viel Engagement für die Menschen einsetzen, die wegen Krieg und Verfolgung zu uns strömen. Aber in Berlin streiten wir uns über Obergrenzen, über Grenzkontrollen, über die dauerhafte Beschränkung der Reisefreiheit in Europa. Ungarn hat sich schon mal eingemauert und für nicht zuständig für Flüchtlinge erklärt, Polen ist praktisch auf dem gleichen Weg. So geht Europa, in dem die Grenzen der Nationalstaaten nach dem zweiten Weltkrieg überwunden werden sollten, langsam aber sicher zugrunde.

Und das alles geschieht nur, weil sich heute Politikerinnen und Politiker einfach nicht trauen, auch mal visionäre Entscheidungen zu fällen. Es wird abgewartet, wie die Umfrageergebnisse aussehen, statt zu handeln und die wehrhaften Demokraten hinter sich zu versammeln. Wenn John F. Kennedy so zaghaft in der Kuba-Krise vorgegangen wäre, dann hätte der Dritte Weltkrieg nicht mehr aufgehalten werden können. Wenn Helmut Schmidt 1962 bei der Sturmflut in Hamburg nicht so beherzt gehandelt hätte, dann wären nicht 300 Tote zu beklagen gewesen, sondern mehrere Tausend.

Was muss jetzt getan werden?

1. Europa ist im Verhältnis zu den anderen Wirtschaftsmächten so klein, dass es nur als Einheit bestehen kann. Darum darf das Ziel des politischen Handelns auch in der Flüchtlingskrise nicht der Rückfall in den Nationalismus und das Hochziehen der alten Grenzen sein. Das Ziel muss weiterhin die Schaffung wirksamer europäischer Lösungen und vor allem auch einer europäischen Regierung mit echter parlamentarischer Kontrolle sein, welche die Regelungen in eigener Regie umsetzt. So etwas haben Wolfgang Schäuble und Francois Hollande angesichts der Finanzkrise in Griechenland schon einmal vorgeschlagen. Packen wir es endlich an.
2. Europa muss natürlich auch seine Außengrenzen schützen. Die europäische Grenzschutzagentur muss zum Grenzschutz für alle 28 EU-Staaten werden. Sie muss ausgerüstet und mit den notwendigen Befugnissen versehen werden. Dort muss dann die Bundespolizei tätig werden.
3. Bis es zu einer europäischen Lösung kommt, müssen schnellstens die bürokratischen Hemmnisse im deutschen Asyl- und Aufenthaltsrecht beseitigt werden, um die

freiwilligen Helferinnen und Helfer wieder durch funktionierende staatliche Stellen zu entlasten.

- a. Der unerlaubte Grenzübertritt wird zu einer Ordnungswidrigkeit, damit nicht ganze Regalmeter bei den Staatsanwaltschaften mit immer neuen Ermittlungsakten gefüllt werden, obwohl alle Verfahren eingestellt werden.
 - b. Die Erstunterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber erfolgt in Einrichtungen des Bundes. Dort werden mit einem einheitlichen Computersystem, das Schnittstellen zur Polizei, den europäischen Institutionen und den Bundesländern hat, die Daten der Ankommenden vollständig erfasst. Doppel- und Dreifacherfassungen, wie sie derzeit bei der Polizei, den Ländern und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erfolgt, müssen endlich beseitigt werden.
 - c. Die Unterbringung in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Bundes erfolgt bis zum Abschluss des Verfahrens. Dabei wird für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten eine Überholspur eingerichtet, in der auf aufwändige Individualprüfungen verzichtet wird. Alle Verfahren werden spätestens nach 3 Monaten abgeschlossen. Es gibt dann nur noch ein Verfahren, bei dem alle notwendigen Entscheidungen gleich vor Ort getroffen werden. Dazu zählen auch Aufenthaltsgenehmigungen oder Visa für den Nachzug von Familienangehörigen, um Wartezeiten bei weiteren Ämtern oder Konsulaten zu vermeiden.
 - d. Danach erfolgt die Weiterleitung an die Länder nach den üblichen Verteilungsschlüsseln. Die Länder kümmern sich um die individuelle Unterbringung in Wohnungen und die Durchführung der Integrationsmaßnahmen. Die ja anerkannten Flüchtlinge und Asylbewerber haben Anspruch auf die notwendigen Sozialleistungen und unterliegen auch keinen Einschränkungen auf dem Arbeitsmarkt.
 - e. Erteilte Bewilligungen gelten unbefristet, um den Bürokratieaufwand durch kurzfristige Nachprüfungen zu vermeiden. Die Praxis zeigt, dass bei persönlicher Verfolgung der Betroffenen eine Rückkehr in das Herkunftsland fast immer ausgeschlossen ist. Flüchtlinge aus Kriegsgebieten sind hingegen, wenn die Ausbildung der Kinder abgeschlossen ist, durchaus bereit, wieder in ihr Heimatland zurück zu gehen und am Wiederaufbau mitzuhelfen.
 - f. Kann kein Asyl oder Aufenthalt gewährt werden, erfolgt die Rückführung oder Abschiebung direkt aus der Erstaufnahmeeinrichtung.
4. Das Konstrukt „Sicherer Herkunftsstaat“ ist ausschließlich Symbolpolitik und hilft nicht weiter. Denn jeder Mensch hat im Rechtsstaat einen Anspruch auf individuelle Prüfung seines Anliegens.
 5. Europa schafft endlich eine legale Einreisemöglichkeit für Menschen, die in der EU arbeiten und leben wollen. Das geht nur über eine Einwanderungsgesetzgebung, wie sie z.B. Australien, Kanada oder die USA haben. Nur so schaffen wir es, dass nicht mehr alle, die hier nur arbeiten wollen, in ein Asylverfahren gepresst werden.

Die Politik muss bereit sein, in früheren Zeiten aufgebauten bürokratischen Ballast abzuwerfen. Dann kann es gelingen, dass staatliche Stellen die Zivilgesellschaft wieder entlasten. Die Politik ist gut beraten, jetzt nicht in Schuldzuweisungen und Zuständigkeitsscharmützeln zu verharren und nicht immer mehr zu polarisieren. Was dann passiert, kann sehr gut in Nachbarländern gesehen werden: Es werden nur die Parteien an den politischen Rändern stark gemacht, wie in Frankreich, in Ungarn oder jetzt auch in Polen. Die Menschen erwarten von Politikerinnen und Politikern nicht nur ein aufgeregtes Gegacker und kleinkarierte Scheinlösungen sondern politisches Handeln mit breitem Konsens der Demokraten, auch wenn es mit Risiken verbunden ist. Angela Merkel hat diese Größe gezeigt. Jetzt müssen wir endlich echte Lösungen anbieten. Dann schaffen wir es!